

**GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER
SOZIALPARTNER DES EUROPÄISCHEN
SEKTORALEN SOZIALEN DIALOGS
IN DER GASWIRTSCHAFT**



GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER SOZIALPARTNER DES EUROPÄISCHEN SEKTORALEN SOZIALEN DIALOGS IN DER GASWIRTSCHAFT

Die europäischen Sozialpartner in der Gaswirtschaft EGÖD, Eurogas und industriAll Europe sind entschlossen, gemeinsam bis 2050 die Klimaneutralität in der Europäischen Union zu erreichen. Wir erkennen die entscheidende Rolle der Gasbranche bei der Erreichung unserer Klimaziele und die Chancen an, die die neuen Gastechnologien im Hinblick auf hochwertige, stabile und nicht saisongebundene Arbeitsplätze für die europäischen Arbeitnehmer*innen bieten. Europa ist heute in diesen Bereichen führend, und wir sollten sicherstellen, dass wir diese Chance für alle Europäer*innen optimal nutzen. Während die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise die europäische Wirtschaft und Industrie hart trifft, sind die europäischen Sozialpartner in der Gaswirtschaft entschlossen, ihr Engagement für den Übergang zu dekarbonisierten Gasen aus erneuerbaren Quellen und die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze in Europa fortzusetzen.

Im Jahr 2018 stammten rund 60% der Energie der EU aus importierten Quellen. Um die Energieversorgungssicherheit zu erhalten und zu stärken, sollten die Gasnetze instand gehalten und an alternative dezentrale Versorgungsmöglichkeiten angepasst werden. Die Gasspeicherkapazität ist bereits gut entwickelt und sollte bei Bedarf erweitert werden, um die Widerstandsfähigkeit zu verbessern.

Wir begrüßen die Entscheidung der Europäischen Kommission, alle Maßnahmen der EU in den kommenden fünf Jahren auf das Ziel der Bekämpfung des Klimawandels auszurichten, und unterstreichen die Bedeutung der Gewährleistung eines gerechten Übergangs, der den Menschen in Europa qualitativ hochwertige Arbeitsplätze garantiert und der keine Region zurücklässt.

Nach Schätzungen der Kommission werden zusätzliche Investitionen von bis zu 260 Milliarden Euro pro Jahr erforderlich sein, um die aktuell gültigen Klima- und Energieziele bis 2030 zu erreichen. Dies wird ohne eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen in den Ausbau erneuerbarer und dekarbonisierter Energien, Speicher, thermische Sanierung, öffentlichen Verkehr, Forschung und Entwicklung und nicht ohne sozial gerechte Umsetzung der Energie-

und Klimagesetzgebung erfolgen können. Die EU-weiten Bemühungen um eine Erholung von der COVID-19-Krise müssen auch mit den Bemühungen um die Energiewende abgestimmt werden und die Bürger in den Mittelpunkt jeder Strategie stellen, die regionalwirtschaftliche Impulse setzt.

Der gerechte Übergang ist seit geraumer Zeit ein zentrales Thema in der europäischen und internationalen Debatte. Er ist auch als ein Kernziel des Pariser Übereinkommens anerkannt und wurde 2015 von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in ihren Leitlinien für einen gerechten Übergang¹ definiert. Die europäischen Sozialpartner stimmen überein mit der Definition der IAO eines gerechten Übergangs als:

1. die durchgängige Berücksichtigung von Nachhaltigkeit über alle Sektoren hinweg mit Schwerpunkt auf lokalen Unternehmen und der Diversifizierung der Tätigkeiten sowie der Nutzung regulatorischer, finanzieller und steuerlicher Anreize,
2. die Entwicklung von Solidaritätsmechanismen zur Unterstützung der vom Übergang am stärksten betroffenen Sektoren und Regionen, einschließlich angemessener sozialer Absicherung und Schulungsprogrammen für die betroffenen Arbeitnehmer*innen,
3. die Umsetzung und die Erarbeitung langfristiger Strategien für die Erreichung der Klimaneutralität innerhalb der EU bis 2050
4. ein effektiver sozialer Dialog, starke Tarifverhandlungen und die Beteiligung der Sozialpartner, die dazu beitragen werden, langfristige Strategien zu entwerfen, um die Veränderungen auf allen Ebenen (europäische, nationale, sektorale und Unternehmensebene) zu antizipieren.

Diese Faktoren werden noch stärker an Bedeutung gewinnen, um die vor uns liegenden Herausforderungen sozial gerecht und zukunftsorientiert zu bewältigen.

Das Hauptziel des europäischen Grünen Deals besteht darin, allen Europäer*innen dabei zu helfen, die notwendige Veränderung unserer Lebens-, Konsum- und Produktionsweisen zu bewältigen. Um diesen Wandel herbeizuführen, muss sichergestellt werden, dass der Übergang

¹ https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---emp_ent/documents/publication/wcms_432859.pdf

sozial gerecht und für alle europäischen Bürger*innen und Arbeitnehmer*innen leistbar ist. Der Grüne Deal muss dazu genutzt werden, die Ungleichheiten zwischen den europäischen Bürger*innen und den europäischen Regionen abzubauen. Die Energiewende darf nicht allein als eine technologische Frage gesehen werden, sondern als eine zutiefst soziale und politische Herausforderung.

Wir fordern die Kommission daher auf, die soziale Dimension in den Mittelpunkt des Grünen Deals zu stellen. Wir sind überzeugt, dass die EU den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft schaffen und gleichzeitig Beschäftigung, angemessene Lebensbedingungen und den Zugang zu Energie für alle sichern kann. Dazu ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Kommission die sozialen und beschäftigungspolitischen Auswirkungen aller Initiativen im Rahmen des Grünen Deals, beginnend mit dem Klimazielplan 2030, umfassend bewertet.

Wir begrüßen die Schaffung eines Mechanismus für einen gerechten Übergang und betonen, dass die Sozialpartner in die Gestaltung der gebietsspezifischen Pläne für einen gerechten Übergang einbezogen werden müssen, um den Bedürfnissen und Möglichkeiten im Zusammenhang mit dem Übergang in bestimmten Sektoren besser Rechnung zu tragen. Sektorale soziale Dialoge zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern auf allen Entscheidungsebenen sind von zentraler Bedeutung, da sie ein Forum für Diskussionen und die Antizipation dieser Veränderungen darstellen.

Wir begrüßen das Eintreten der Europäischen Kommission für eine umfassendere Industriestrategie. Die EU-Industriepolitik sollte insbesondere dafür sorgen, dass die EU über die eigenen Mittel verfügt, um die Klimaneutralität zu erreichen. Europa ist in der Lage, eine führende Rolle bei erneuerbarem Gas und dekarbonisierten Energien, robuster Infrastruktur und Dekarbonisierungstechnologien zu übernehmen, insbesondere bei den Gastechnologien sowie der CO₂-Abscheidung, -Verwendung und -Speicherung in den energieintensiven Industrien. Der Einsatz dieser Technologien wird nicht nur den Übergang energieintensiver Sektoren unterstützen, sondern auch hochwertige, saisonunabhängige Arbeitsplätze in der Gaswirtschaft garantieren. Dazu ist es erforderlich, dass im Rahmen der europäischen Rechts- und Finanzrahmen Investitionen in Technologien und Infrastruktur zur Dekarbonisierung von Gas, sowie die regulatorische Harmonisierung und Standardisierung der Vorschriften zur Terminologie und Qualität von Gas unterstützt und gleichzeitig die Erzeugung und Integration von dekarbonisierten Gasen aus erneuerbaren Quellen gefördert wird.

Die europäischen Sozialpartner in der Gaswirtschaft sind entschlossen, den Übergang in der Gaswirtschaft zu gestalten, indem sie die Herausforderungen und Bedürfnisse des Sektors und seiner Beschäftigten analysieren und im Rahmen eines gemeinsamen Projekts gemeinsame Lösungen definieren.

Wir betonen, dass der Mechanismus für einen gerechten Übergang und die Industriestrategie kohärent und komplementär sein müssen, damit im Zuge des Übergangs integrierte klimaneutrale industrielle Wertschöpfungsketten und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in Europa erhalten werden. Der Mechanismus sollte neben dem Schutz der schwächsten Bevölkerungsgruppen und Regionen vor den negativen Auswirkungen des Übergangs auch darauf abzielen, die industrielle Basis in den Regionen, die wahrscheinlich am stärksten betroffen sein werden, zu erhalten und zu stärken.

Wir unterstützen die Bildung von Industrie-, Forschungs- und Entwicklungsallianzen zur Schaffung von Synergien und zur Bündelung von Ressourcen, um die Entwicklung und Marktakzeptanz der Technologien zu beschleunigen, die Europa zur Erhaltung seiner Industrie und seiner Arbeitsplätze benötigt. Die Sozialpartner in der Gaswirtschaft sollten in die Allianz für sauberen Wasserstoff und in die Allianz für CO₂-arme Technologien einbezogen werden.

Ebenso entscheidend ist die Neuorganisation der Aus- und Weiterbildungssysteme, um die Dringlichkeit, die Herausforderungen und die Möglichkeiten, die mit der Erreichung der Klimaneutralität verbunden sind, stärker ins Bewusstsein zu rücken. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen auch die Berufsausbildung unterstützen, um zukünftige Arbeitnehmer*innen mit den richtigen Fähigkeiten auszustatten, um Teil der neuen europäischen Energiewirtschaft zu sein.

Des Weiteren ist es wichtig, Politiken und Programme umzusetzen, die die starke Geschlechterdimension umweltpolitischer Herausforderungen und Chancen berücksichtigen. Geschlechtssensible Politiken sollten in Betracht gezogen werden, um Geschlechtergleichstellung und gerechte Arbeitsbedingungen in der Gaswirtschaft zu fördern. Die nächsten fünf Jahre werden für die Zukunft Europas entscheidend sein. Wir müssen einen Übergang anstreben, der für alle gerecht ist und das Florieren nachhaltiger Unternehmen und qualitativ hochwertiger grüner Jobs ermöglicht, denn nur so kann die EU den Erwartungen ihrer Bürger*innen gerecht werden.



www.epsu.org



www.eurogas.org



www.industriall-europe.eu